

Amts- und Anzeigebatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließlich des „Blatt. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Nr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Einzelnenpreis: die kleinspaltige Seite 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Seite 30 Pfennige.

Sprechstelle Nr. 210.

60. Jahrgang.

Nr. 194.

Freitag, den 22. August

1913.

Bekanntmachung.

Der aufgestellte, mit Genehmigungsvermerk versehene II. Nachtrag zum Ortsgebot, betr. die Errichtung einer Freibank für die Gemeinde Carlsfeld mit Weitersglashütte, den Gutsbezirk Weitersglashütte und den forstfistikalischen Gutsbezirk Carlsfeld vom 20. Juni 1905 liegt 2 Wochen lang zur Einsichtnahme im hiesigen Gemeindeamt während der üblichen Geschäftzeit öffentlich aus.

Carlsfeld, am 19. August 1913.

Der Gemeindevorstand.
Liebing.

Der Streit um Thraxien.

Propheten haben zu ihren Zeiten selten sich der Gunst der Massen erworben, da es mit dem Prophetezein immer ein eigenartig Ding ist. Gegenwärtig möchte man aber das Prophetezeichn geradezu hassen wie die Sünde, gerade gegenwärtig, wo im europäischen Herzen desseß, den man auch Balkan nennt, die wunderlichsten Zustände herrschen. Da ist zunächst der Streit um Adrianopel. Wer will heute auch nur mit einiger Bestimmtheit voraus sagen, wem diese Stadt in Zukunft gehören wird. Aber nicht nur allein um Adrianopel, nein, um ganz Westthraxien dreht sich der Streit der noch ständig den Keim eines neuen Krieges in sich birgt. So wird zunächst türkischerseits gemeldet:

Konstantinopel, 20. August. Die Pforte muß mit der Tatsache einer starken Erregung im Heere rechnen, das einen weiteren Vormarsch als Notwendigkeit ansieht. Sie bietet ihren ganzen Einfluß auf gegenüber der Armeeleitung, damit dieser Vorstoß nicht eine Ausdehnung annimmt, die diplomatische Verwicklungen bringt. Von der Kriegserklärung an Bulgarien war man hier in den letzten zwei Tagen nur um Haarsbreite entfernt, angehoben der fortgesetzte Tagessicht gelangten den bulgarischen Greueln, die in den Reihen der Adrianopeler Armee eine gerechte Stimmung herverursachen haben. Die Armee erblüht nur in einer Schwächung Bulgariens eine ausreichende Remebeur für die Schändlichkeiten. Diese Stimmung hat sich auch im Ministerrat gezeigt, doch gelang es einigen Ministern, die die politische Lage unbelümmert von Sentiments seien, ihre Meinung durchzudrücken.

Die verschlagene ottomatische Diplomatie ist natürlich nur zu bekannt, um daran zu glauben, daß „einige Minister“ den Frieden um jeden Preis erhalten wollen. Nach wie vor sorgt der türkische Druck für vollsaufreizende Meldungen, indem er immer und immer wieder Gerüchte von „Bulgargrenzen“ ausschreibt:

Konstantinopel, 20. August. Die Pforte hat den hiesigen diplomatischen Vertretern der Mächte ein Befehl zugehen lassen, in welchem sie beschwerte erhebt über von Bulgaren verübte Graueln, in den von Griechen geraubten und von den Bulgaren vollständig verwüsteten Gegenden.

Sehr ausführlich sind die Meldungen über das Vor- gehen der Mächte in der zur Parce werdenden Russlandangelegenheit. Räumlich Russlands Haftung ist einfach unergründlich. Man wird tatsächlich an den Ehrenworten Schmids erinnert: Schmid kann schreiben links, Schmid kann schreiben rechts! Hier zwei Petersburger Meldungen:

Petersburg, 20. August. Gegenüber optimistischeren Nachrichten verlaufen, Sazonow habe dem hiesigen türkischen Botschafter mitgeteilt, daß Russland gegen den türkischen Vormarsch auf dem rechten Marikofer die allerentschiedensten Maßregeln ergreifen wird, da es das Benehmen der Pforte als Herausforderung der Mächte ansieht. Die Meldung von einem bevorstehenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und der Pforte, wird im hiesigen Auswärtigen Amt als verfrüht bezeichnet, die Vorgehe wird aber als sehr ernst beurteilt.

Petersburg, 20. August. Die Alarmnachrichten der Spezialkorrespondenten Pariser Blätter über eine Verschlechterung der russisch-türkischen Beziehungen und eine gefährliche Zuspiitung der Adrianopelfrage entsprechen kaum der wahren Sachlage. Es steht jetzt fest, daß der Zar heute Abend mit seiner Familie zu längerem Aufenthalt

nach dem Schlosse Livadia in der Krim abreist, von wo er erst zu Weihnachten zurückzukehren gedenkt. Dieser Umstand sowie die Tatsache, daß nächste Woche alle Botschafter der Großmärkte und die meisten Minister Petersburg verlassen, gilt in diplomatischen Kreisen als ein sicheres Anzeichen einer baldigen Lösung der Adrianopelfrage.

Nun, der Zar ist abgereist, das geht aus nachstehender Meldung hervor. Ob die Abreise ausreichend beruhigend wirkt, bleibt eine offene Frage in der man wiederum nicht prophetezen soll:

Petersburg, 20. August. Der Zar, die Zarin mit Gefolge, sind heute nach Jalta in der Krim abgereist.

Ein Telegramm von wichtiger politischer Bedeutung kommt aus Wien. Nach derselben soll sich nun alles gegen Bulgarien verschworen haben:

Wien, 20. August. Die „Südslawische Korrespondenz“ meldet aus Sofia: Es besteht ein griechisch-türkisches Abkommen gegen Bulgarien, dem Serbien durch seine Neutralitätserklärung beigetreten ist.

Hier noch einige kurze Nachrichten von Interesse: Belgrad, 20. August. Durch Dekret des Königs ist der Frieden ratifiziert worden. Heute ist ein Courier nach Bulaest zum Austausch der Ratifikationen abgereist.

Thessaloniki, 20. August. Obwohl die Finanzkraft Griechenlands durch die beiden Kriege nicht wesentlich gesunken, wurde doch der Abschluß einer großen Anleihe für nötig gehalten, um die Pläne der Unifizierung der öffentlichen Schulden und die Abschaffung der internationalen Finanzkontrolle durchzuführen.

Emile Ollivier †.

Emile Ollivier ist am Mittwoch in Saint Germain im Alter von 88 Jahren in den ersten Morgenstunden gestorben.

Ollivier ist bekannt durch seine Geschichtswerke und ganz besonders durch seine Wirksamkeit als Ministerpräsident im Jahre 1870. Er war ein liberaler Anhänger der Bonapartisten gewesen, und machte seit 1864, wo er in den gesetzgebenden Körper gewählt wurde, der Regierung einerlei Opposition, sondern söhnte sich mit dem Gedanken aus, das Kaiserreich Napoleons in eine liberal-republikanische Monarchie umzuwandeln. Noch am 15. März 1861 hatte er die Einigungsbestrebungen in Deutschland gebilligt, am 2. Januar 1870 wurde er Ministerpräsident und übernahm noch das Rektorat des Justiz- und Kultusministers. Unter seinem Ministerium wurde dann der Krieg an Preußen erklärt. Nach den ersten unglücklichen Schlachten im August, wurde Ollivier gezwungen, durch ein Misstrauensvotum zurückzutreten. Er flüchtete, da er für sein Leben fürchten mußte, und kehrte erst 1872 wieder nach Frankreich zurück. Er war auch Mitglied der Académie, hat aber nie seine Eintrittsrede gehalten. In den letzten Jahren verfasste er umfangreiche historische Schriften, von denen „Das liberale Kaiserreich“ eine reiche Quelle für die Beurteilung der Epoche des dritten Napoleon geworden ist.

Ollivier ist geboren am 2. Juli 1825 zu Marseille, studierte die Rechte und war zunächst ein berühmter Advokat in Paris, bis er ins Ministerium berufen wurde.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Kaiser in Homburg. Seine Majestät der Kaiser mit Gefolge machte am Mittwoch vor-

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Buggeschäftsinhabers Traugott Hermann Bischoff früher hier, jetzt in Dresden, soll mit Genehmigung des Konkursgerichts die Schlußverteilung erfolgen. Hierzu sind verfügbar einschließlich Hinterlegungsgenossen 238 M. 03 Pfg. Davon sind die Kosten des Verfahrens und der Verteilung zu kürzen, sowie 61 M. 55 Pfg. bevorrechtigte Forderungen zu bezahlen. Der Rest entfällt auf 2779 M. 25 Pfg. nichtbevorrechtigte Forderungen.

Eibenstock, den 20. August 1913.

Der Konkursverwalter, Ort. Melchsner.

mittag von Homburg aus einen Automobilauflauf nach dem kleinen Feldberg, wo er das neue Wilhelm-Oberatorium des physikalischen Vereins in Frankfurt am Main besichtigte, das unter anderem eine Erdbebenwarte und ein meteorologisches Institut enthält.

— Der Katholikentag und die Freimaurer. In der zweiten öffentlichen Versammlung des gegenwärtig tagenden deutschen Katholikentages ereignete sich ein bemerkenswerter Zwischenfall. Es nahm der Bischof von Roppes von Lüemburg das Wort, um eine Aussicht erregende Rede gegen die Freimaurer, die voraussichtlich noch in der politischen Presse weitere Erörterungen finden wird, zu halten. Der Bischof führte u. a. aus: „Leider hat sich in der letzten Zeit manches ereignet, was zwar nicht gefährlich und eigentlich ein Sturm im Glase Wasser ist, aber die Fliegen, die darin sind, extinkt doch dabei. Es ist eine Art Kulturskampf, in dem wir stehen. Es gibt eine unheimliche Macht, die alles zu zerstören sucht. Sie ist auf deutschen Katholikentagen noch nicht genannt worden. Ich nenne sie aber, weil ich zu viel gelitten habe. (Bewegung.) Es ist die Lüge, die Freimaurer, die Kirche des Satans! (Bewegung). Viele Katholiken wissen nichts davon. Aber schon in den achtziger Jahren hat der Heilige Vater ein Edikt dagegen erlassen und die Freimaurer als Gefahr bezeichnet, die namentlich die Jugend bedroht. Weil man die Macht der Schule kennt, sucht man der Schule schlechte Lehrer zu geben, die die Jugend auf Abwege führen. Bedenklich viel Unheil hat die Lüge schon angerichtet. Sie vergiftet unsere Jugend, die keine Autorität mehr achtet, keinen Glauben respektiert, weder vor Staat noch vor Kirche Achtung hat. Ihr Gesetz ist die Lüge, ihr Gott der Dämon, ihr Kultus das Schändlichste, was man sich denken kann. Aber das päpstliche Edikt verhalte leider wirkungslos.“

— Zur Affäre Brandt. Wie verlautet, ist das Untersuchungsverfahren in der Angelegenheit Brandt und Genossen auch auf den früheren Generaldirektor Röttger ausgedehnt worden. Eine Anklage ist jedoch bisher noch nicht erhoben worden. Die Verhandlung gegen Brandt und Genossen vor dem Strafgericht dürfte nicht vor November stattfinden.

Erleichterung bei den Kontrollversammlungen. Neuerdings ist in der Presse wieder die Frage der Abhaltung nur einer Kontrollversammlung für die Mannschaften des Beurlaubtenstandes erörtert worden. Wie das „Chemn. Tagebl.“ erfährt, hat diese Frage schon seit einiger Zeit die preußische Heeresverwaltung beschäftigt. In Südficht auf die Gründe, die für den Fall der Mobilisierung von rechtsverantwortlichen Stellen geltend gemacht worden sind, hat es sich als nicht angängig erwiesen, die Frühjahrskontrollversammlungen in Begfall kommen zu lassen. Es sind aber dafür zunächst Erleichterungen vorgesehen. So ist zunächst versuchsweise bei größeren Betrieben mit bedeutender Arbeitnehmerzahl an Stelle der allgemeinen Frühjahrskontrollversammlung eine Kontrolle innerhalb des betreffenden Unternehmens durchgeführt worden, die sich bewährt hat und die sowohl für den Betrieb wie für die Arbeitnehmer jede Störung der Arbeitszeit vermeidet.

Österreich-Ungarn.

— Die Duellaffäre des Grafen Tisza. Zwischen dem Ministerpräsidenten Grafen Tisza und dem Markgrafen Georg Ballavincini stand ein Säbelduell statt, bei dem beide Duellanten leicht am Kopfe verletzt wurden. Die Gegner versöhnten sich.

Frankreich.

— Französische Kommunalgarden. Der Minister des Innern hat die Errichtung von sogenannten Kommunalgardien angeordnet, welche aus nicht dienstpflichtigen, körperlich kräftigen Leuten bestehen sollen. Dieser Garde, die keine Uniform trägt, soll im Kriegsfall die Überwachung der Eisenbahn und die Erhaltung der öffentlichen Ordnung in den Urtischen übertragen werden.